

„Großes erwarten“
Ansprache im Rahmen des Kennenlerngottesdienstes
des Christus-Zentrums Erfurt
Sonntag – 7. März 2010

Anrede:

Was erwarten Sie, wenn Sie am Wahltag in die Wahlkabine gehen, um ihr Kreuz bei dieser oder jener Partei zu machen?

Ich glaube, die Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten. Jeder oder jede von Ihnen beantwortet sie vielleicht anders und sicherlich noch nicht einmal für jede Wahl gleich.

Die Antworten fallen meist auch nicht gerade streng nach Lehrbuch aus: Europawahlen werden meist genutzt, um politische Rechnungen auf nationaler Ebene zu begleichen.

Bei Landtagswahlen haben es meist die Parteien schwerer, die im Bund regieren. Denn ein Teil der Wählerinnen und Wähler nutzt sie als kleine Bundestagswahlen – und die Parteien sind dabei durch die Wahlkampfführung zuweilen nicht ganz unschuldig.

Und noch ein Paradoxon: Bei den Kommunalwahlen ist die Wahlbeteiligung häufig besonders gering – obwohl die Möglichkeiten am besten sind, Probleme und Kandidaten vor Ort zu kennen. Erwarten zu viele zu wenig? Gar nichts?

Spitzenreiter in Sachen Wahlbeteiligung sind die Bundestagswahlen: Die Erwartungen sind dabei aber offenbar so unklar, dass die Politik verunsichert ist: Sind Personen oder Botschaften gefragt – wie ist die richtige Mischung. Große Erwartungen? Wie auch immer: Sie sind zumindest diffus.

Und dann gibt es Wahlen, die sind so mit Erwartungen überfrachtet, dass einem als Christ Angst und Bange werden kann. Das Beispiel liegt auf der Hand: Barack Obama. Politische Erwartungen werden da fast zu Heilserwartungen. Die Enttäuschung ist vorprogrammiert.

Die wenigen Beispiele zeigen: Bürgerinnen und Bürger auf der einen und die politischen Bewerber um Mandate und Ämter teilen ein Dilemma mit mindestens zwei Dimensionen:

- Es ist zum einen eher die Ausnahme, dass Wahlentscheidungen in einem wenigstens einigermaßen zutreffenden Bewusstsein über die Personen, Programme und Zuständigkeiten fallen.
- Und zum anderen ist bei den Erwartungen auf einer Skala mit den Endpunkten „Alles“ und „Nichts“ so ziemlich alles denkbar – wobei *beide* Extreme der Demokratie im höchsten Maße abträglich sind.

Für uns als Christen ist ein Ausweg aus diesem mindestens doppelten Dilemma nicht so schwer zu finden.

Wir wissen, dass wir unser Heil nicht von der Politik erwarten dürfen. Politik ist ein weltlich Ding und damit Stückwerk. Die Bibel ist voller Mahnungen, der eigenen Möglichkeiten und Grenzen eingedenk zu bleiben.

Beide – Wähler und Gewählte – könnten sich z.B. Psalm 90 gelegentlich vor Augen halten, wenn es dort heißt (Vers 9+10):

*„Darum fahren alle unsre Tage dahin durch deinen Zorn,
wir bringen unsere Jahre zu wie ein Geschwätz.*

Unser Leben währet siebzig Jahre,

*und wenn´s hoch kommt, so sind´s achtzig Jahre, und was daran
köstlich scheint,*

ist doch nur vergebliche Mühe;

denn es fähret schnell dahin,

als flögen wir davon.“

Grund zum resignieren ist das allerdings überhaupt nicht. Denn am Ende des Psalms, ein Gebet Moses, (Vers 17) heißt es:

*„Und der Herr, unser Gott, sei uns freundlich und fördere das Werk
unserer Hände bei uns.*

Ja, das Werk unsrer Hände wollest du fördern!“

Wir wollen tätig sein und wir sollen tätig sein, aber ohne den förderlichen Segen Gottes kann es nicht gelingen. Das schützt vor allzu großer Selbstgewissheit, lehrt Demut und Kompromissbereitschaft.

Denn was der „*Stadt Bestes*“ ist, das wir suchen sollen (Jeremia 29,7) das entzieht sich in letzter Konsequenz unserer Kenntnis, selbst wenn wir klare politische Vorstellungen davon haben – soviel Demut muss sein.

Anrede:

Einsicht in das Maß des politisch Möglichen und von der Politik zu Erwartenden, Demut und Kompromissbereitschaft waren auch nach den Landtagswahlen des letzten Sommers gefordert.

Die CDU hatte eine schmerzliche Niederlage erlitten und die SPD mit ihren durchaus mageren 18,5 Prozent keinen Sieg – auch wenn sie damit zwei Optionen zur Regierungsbildung in den Händen hielt.

Es war nicht leicht, unter diesen Umständen eine Regierung zu bilden. Sicherlich hat dabei auch geholfen, dass in beiden Parteien Christen den Ton angeben, die das eben nur kurz angerissene Verständnis von Politik schon mit der Muttermilch aufgesogen haben.

Entstanden ist eine Koalition der Vernunft mit vernünftigen politischen Kompromissen auch in solchen Fragen, die zwischen CDU und SPD strittig sind. Das möchte ich an drei Beispielen erläutern.

- Bildungspolitik
- Familienpolitik
- Gebietsreform

Zunächst zur Bildungspolitik. Die CDU versteht Bildung umfassend. Bildung ist nicht dazu da, die Menschen für den Arbeitsmarkt zuzurichten! Sie zielt auf den ganzen Menschen in seinen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen.

Thüringen ist ein Land mit weltweit beachtete bildungspolitische Traditionen, denken wir nur an Fröbel, Salzmann, Petersen, Lietz oder GuthsMuts.

Seit 1990 haben wir ein erfolgreiches zweigliedriges Schulsystem aufgebaut. Nach den diversen PISA-Tests wissen wir: Es ist eines der erfolgreichsten Schulsysteme in ganz Deutschland – ein geglückter Kompromiss zwischen den Befürwortern der Dreigliedrigkeit auf der einen und der Gesamtschule auf der anderen Seite.

In Sachen Bildungsgerechtigkeit erreicht Thüringen den deutschlandweit besten Wert. Nirgendwo sonst haben Kinder von Facharbeitern und ungelernten Arbeitern größere Chancen, ein Gymnasium zu besuchen. Aber darauf kommt es auch gar nicht so an, denn das System ist durchlässig. Ein Drittel der Schüler, die Abitur oder Fachabitur machen, hat seinen Weg über die Thüringer Regelschule genommen.

Auf diesen Erfolgen baut die CDU/SPD-Koalition nun auf: Qualitätssicherung bleibt unser wichtigstes Ziel. Und ein bewährtes Mittel dafür ist ein hohes Maß an Eigenverantwortung für unsere Schulen.

Die SPD hat sich einen weiteren Schultyp gewünscht, die Thüringer Gemeinschaftsschule, in der zusätzlich in den Klassen 5 bis 8 so wie in der Grundschule gemeinsam gelernt werden soll. Über die Details sind wir politisch im Gespräch.

Entscheidend ist für die CDU die Freiheit für Eltern und Kinder, ab der 5. Klasse auch eine Regelschule oder ein Gymnasium besuchen zu können. So haben wir es auch vereinbart. Es gibt keinen Zwang zur Einheitsschule, wie sie die LINKEN und leider auch die GRÜNEN wollen.

Die richtige Schule für jeden statt eine Schule für alle setzt auch in Zukunft den Maßstab. Vor allem im Bereich der Bildungspolitik zeigt sich: Die CDU-SPD-Koalition ist eine Koalition des Augenmaßes und der Mitte. Es gibt kein tabula rasa aus ideologischer Verblendung.

Um Kompromisse haben wir auch in der **Familienpolitik** ringen müssen. Die SPD hat in der letzten Wahlperiode auch zu denen gehört, die das Heil für die Kinder vornehmlich in der Krippen- und Kindergartenerziehung gesehen und sich gegen die direkte Unterstützung von Eltern durch das Thüringer Erziehungsgeld ausgesprochen haben.

Wir als CDU bleiben dabei: Die Vielfalt der Lebensentwürfe junger Familien verlangt eine differenzierte Antwort und Wahlfreiheit. Wir haben mit einem einkommensunabhängigen Erziehungsgeld Erziehungsleistung honoriert. Vielen finanziellen Schwellenhaushalten haben wir damit die Möglichkeit eröffnet, ihre Kinder etwas länger zu Hause zu erziehen. Auch die SPD hat diese Leistung als „Herdprämie“ diffamiert.

Soweit diese Positionen auch auseinander lagen: Wir haben auch hier einen guten Kompromiss geschlossen. Vor allem für den frühkindlichen Bereich verbessern wir zum neuen Kita-Jahr die Betreuungsschlüssel. Damit kann auch unser „Bildungsplan für Kinder bis 10“ besser umgesetzt werden.

Zugleich wird das Thüringer Erziehungsgeld beibehalten und besser an die Bedürfnisse der Eltern angepasst. Es wird jetzt unmittelbar im Anschluss an das Bundeselterngeld für zwölf Monate gezahlt. Je nach Kinderzahl sind es monatlich zwischen 150 und 300 Euro.

Da das Bundeselterngeld zwischen zwölf und 28 Monaten gezahlt wird, werden Eltern damit je nach Lebensplanung zwischen zwei und mehr als drei Jahren durch Bund und Land unterstützt.

Und ein drittes Beispiel: Die **Kommunalstrukturen**. Aus Studien wissen wir, dass überschaubare Verhältnisse die Bindung und Land und Leute und vor allem die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement fördern.

Deshalb arbeiten wir gemeinsam daran, dass immer mehr Verwaltungsgemeinschaften sich zu Thüringer Landgemeinden entwickeln. Dieses Modell haben wir bereits in der letzten Wahlperiode unter Beteiligung der SPD entwickelt. Durch ein stark ausgeprägtes Ortschaftsrecht eröffnet die Landgemeinde große Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort und ist durch einen direkt gewählten Gemeinderat und Bürgermeister und eine Verwaltung doch demokratischer und effizienter.

Anrede:

Haben die Wähler das erwartet? Und ist es etwas Großes? Ich glaube, das ist nicht so wichtig. Entscheidender ist doch: Es sind konkrete Schritte, mit denen wir das Land so weiterentwickeln, dass Thüringen lebens- und liebenswert bleibt, und dabei wenigstens zum Teil umgesetzt wird, was bei den Wahlen zur Diskussion stand.

In der Arbeit an solchen vereinbarten Vorhaben muss das Vertrauen wachsen, das als zartes Pflänzchen bereits vorhanden und auch schon festere Wurzeln geschlagen hat. Wir schulden es auch den Wählern, dieses Vertrauen wachsen zu lassen, denn angesichts der Herausforderungen der kommenden Jahre brauchen wir eine entscheidungsfähige und mutige Regierung.

Übrigens auch eine, die manche Erwartung enttäuscht, um einer Grunderwartung zu genügen: Dem Land den Bestand und die Handlungsfähigkeit zu sichern und für eine nachhaltige und generationengerechte Politik zu sorgen.

Thüringen steht vor gravierenden finanziellen Herausforderungen. Nach drei Jahren ohne neue Schulden sind für dieses Jahr 880 Mio. € Schulden vorgesehen und die Rücklagen werden verbraucht, um einen Etat finanzieren zu können, der 600 Mio. € größer ist als im Vorjahr.

Klar muss uns aber sein: Das Haushaltsvolumen muss sinken, weil auch die Einnahmen sinken werden: Solidarpakt, Länderfinanzausgleich, EU-Hilfen, schmaler werdende Erwerbsbevölkerung (= Steuerzahler). Die Deckungslücke wächst sehr, sehr rasch von Jahr zu Jahr.

Was erwarten Sie von denen, die politisch Verantwortung tragen?
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bin auf Ihre Antworten gespannt.
Und wenn Sie noch keine haben, dann geht es Ihnen genauso wie vielen Politikern.